



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/141 - 23.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Korea wichtiger als Deutschland ?	S. 1
Franco's "Kalter Krieg" um Gibraltar	S. 3
"Rheinischer Merkur" bekannte Farbe	S. 4
Schlesier, die nicht nach Hannover kommen konnten	S. 6
Organisierter Zwischenfall um Kopf	S. 8

Vor der westlichen Antwortnote an die Sowjetunion

ae. Nichts zeichnet die Passivität der Bundesrepublik in der Frage der deutschen Einheit deutlicher als die beschämende Tatsache, daß man sich in Großbritannien und Frankreich heute anscheinend mehr Sorge über die Auswirkungen der Vertragswerke nach ihrer Ratifizierung auf die gesamte weltpolitische Lage macht als die höchsten Regierungsstellen in Bonn. Frankreich und England drängen heute, wohl unter dem Druck der öffentlichen Meinung, auf einen neuerlichen Versuch, in Verhandlungen mit der Sowjetunion auch die geringsten Chancen einer Verständigungsmöglichkeit zu erproben. Die USA sind von diesen Gedanken weniger eingenommen; Acheson wird in seinen Londoner Gesprächen mit Schuman und Eden viel Mühe aufbringen müssen, um hier eine Übereinstimmung mit seinen Partnern herbeizuführen.

Die USA halten nicht viel von einem Vierergespräch im gegenwärtigen Zeitpunkt. Nach ihrer Auffassung beweise die geringe Reaktion des Sowjetblocks auf die Unterzeichnung der Bonner und Pariser Verträge die Wirksamkeit ihrer Politik in Europa; um wieviel größer werde erst die Verhandlungsposition des Westens sein, so lautet ihr Argument, wenn die westliche Stärke noch mehr ausgebaut ist.

Der tiefste Grund für die amerikanische Abneigung liegt wohl in der Befürchtung, bei einem erfolgreichen Verlauf der

Viererkonferenz ihre ganze bisherige Europa- und Deutschlandpolitik preisgeben zu müssen. Dazu kommt, daß die Furcht, als "Befriedigungspolitiker" im bevorstehenden Wahlkampf diffamiert zu werden, die gegenwärtige USA-Regierung bewegt, in der Deutschlandfrage auf der Stelle zu treten - eine erstaunliche Rücksichtnahme, die im Falle Pannunjong nicht zutrifft. In unendlicher Geduld lassen die amerikanischen Unterhändler die größten Provokationen der kommunistischen Gegenseite über sich ergehen und ängstlich sind sie bestrebt, die dünnen Verhandlungsfäden nicht abreißen zu lassen. Ist den USA Korea heute wichtiger als Deutschland ?

Der Ost-West-Notenwechsel zieht sich schon seit vielen Monaten hin und man ist seit seinem Beginn noch nicht viel weiter gekommen. Immer noch bewegt sich die Diskussion auf der rein technisch administrativen Ebene. Die einzuhaltende Verfahrensordnung scheint man den wesentlichen Kern der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westalliierten zu bilden. Die USA möchte mit einer möglichst strengen Marschordnung in die Gespräche eintreten. Diese Taktik hat sich bei den Friedensverhandlungen mit Japan in San Franzisko bewährt, sie dürfte aber kaum geeignet sein, im Falle Deutschland fruchtbare Ergebnisse zu erzielen.

Das hieße, die Sowjetunion von vornherein in eine Lage hineinzuorganisieren, aus der es für sie keinen anderen Ausweg als den der Ablehnung oder des Ausweichens gibt. Zwar lehren die Erfahrungen in der Vergangenheit, daß man Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht ohne jede Vorbereitung und Abgrenzung des Gesprächs führen kann, will man nicht in endlose Diskussionen und Propagandaschlachten geraten. Aber die Hauptfrage, die erst zwischen Ost und West zu klären gilt, ist doch die: Ist die Sowjetunion bereit, freie Wahlen in dem Gebiet der vier Besatzungszonen unter wirksamer internationaler Kontrolle zuzulassen und eine aus solchen Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung als die einzig legitime Vertretlerin des deutschen Volkes anzuerkennen ? Um nichts mehr oder weniger handelt es sich. Alle anderen Probleme, die hier auftauchen, etwa der zukünftige Status Deutschland in Europa und die Frage der deutschen Grenzen, müssen kommenden Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben.

Mächtige Strömungen in Großbritannien und Frankreich, müde des unfruchtbaren Notenwechsels, befürworten heute eine Viererkonferenz, um sich nicht mit dem Stigma zu beladen, daß der Westen mitschuldig an der für alle gefährlichen Teilung Deutschlands und Europas werde. Nur die Bundesregierung bleibt passiv. Sie läßt es bei unverbindlichen Redensarten, obwohl gerade jetzt die Stunde gekommen ist, durch eine eigene deutsche Initiative die Regierungen der Westmächte an ihre Verpflichtung, die deutsche Einheit in Freiheit herzustellen, nachdrücklich zu erinnern. Ist es wohl darum, weil sie die deutsche Einheit im jetzigen Stadium nicht für wünschenswert hält ?

+ + +

Francos Griff nach Gibraltar

Von unserem spanischen R.R.-Korrespondenten

Um die Eingliederung Franco-Spaniens in das westliche Verteidigungssystem ist es in letzter Zeit sehr still geworden. Gelegentlich liest man in der spanischen Presse spitze Bemerkungen an die Adresse der Vereinigten Staaten, in denen unzweideutig zu verstehen gegeben wird, daß man auch ohne amerikanische Dollar leben kann, daß insbesondere Franco ohne Dollar leben kann.

Wenn auch die Ursachen dieser Abkühlung der amerikanische-spanischen Beziehungen unschwer zu erraten sind, so hat man dennoch in den Hauptstädten der Westmächte meist übersehen - oder übersehen wollen - daß der spanische Führer zwar ein großer Anti-Kommunist vor dem Herrn ist, aber außerdem auch dem Westen in Wahrheit recht reserviert gegenüber steht. Weder die Religion noch die politische Verfassung der demokratischen Großmächte finden in Madrid Anklang; und was insbesondere Großbritannien angeht, so besteht da bekanntlich eine Urfehde um Gibraltar.

Diese Urfehde wurde neuerdings wieder einmal von Madrid aus aufgenommen und auf ein völlig neues Gebiet getragen. Die spanisch sprechenden Einwohner der kleinen Felsenstadt am Eingang des Mittelmeers sind an sich getreue Untertanen Ihrer britischen Majestät, und dies umso mehr, als 1950 eine neue demokratisierte Verfassung für die Kronkolonie erlassen wurde. Außer den Einwohnern von Gibraltar gibt es aber ungefähr 12000 spanische Arbeiter der umliegenden Orte, die tagtäglich die Grenze überschreiten um in Gibraltar zu arbeiten. Seit der spanische Staatschef, General Franco, im Dezember 1950 die Kampagne für die Rückgliederung Gibraltors an Spanien eingeleitet hat, wurden diese 12000 andalusischen Grenzgänger zu Opfern des angelsächsischen Imperialismus gestempelt. Alle spanischen Grenzgänger müssen nunmehr der Staatsgewerkschaftsorganisation "Sindicatos Verticales" angehören. In dieser Organisation werden normalerweise Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefaßt und sorgsam von den zahlreichen leitenden Beamten, die samt und sonders aus der "Alten Garde", der "Falange", stammen, überwacht.

Bei Gibraltar wird allerdings eine Ausnahme von dem allgemein gültigen Organisationsprinzip gemacht. Hier sind nur die Arbeitnehmer

organisiert. Da jedermann einen Ausweis braucht, um die Grenze zu überschreiten, ist der Beitritt zu dieser seltsamen "Gewerkschaft" natürlich hundertprozentig. Die Initiative zu dieser Neugründung kam nicht aus der Umgebung Gibraltars sondern aus Madrid. Der Landesdelegierte für Gewerkschaftswesen, Ruiz-Salis, der von der Falange-Partei ernannt wurde und sowohl über Arbeitgeber wie über Arbeitnehmer wacht, hat sich persönlich der Kontrolle der Grenzgänger von Gibraltar angenommen.

Denn um Kontrolle, um politische Kontrolle handelt es sich hier. Es ist den spanischen Behörden nicht unbekannt, daß in Gibraltar eine Ortsgruppe der Spanischen Sozialistischen Partei existiert, deren Mitglieder keine Untertanen Ihrer britischen Majestät sind. Die Kontrolle betrifft natürlich nicht nur die Sicherheit des totalitären spanischen Staates: Zwölftausend Menschen sind wohl imstande, die politischen Grundlagen der britischen Verwaltung in der kleinen Felsenstadt auszuhöhlen. - Diese Rechnung hat allerdings einen Fehler. Trotz des nicht unerheblichen Beamtenapparates dieser neuen Organisation, der in La Linea ein dreistöckiges Bürohaus füllt, dürfte von den 12000 Grenzgängern nur eine geringe Minderheit bereit sein, die ihnen zugedachte Rolle zu spielen, denn die Luft in Gibraltar ist totalitären Gedankengängen wenig bekömmlich.

+ + +

Rheinischer Merkur bekannte Farbe

(sp) In der Ausgabe des "Rheinischen Merkur" vom 20. Juni reichte die schwarze Farbe nicht aus, um weiß und rot, die Sterne und die Streifen, zu überdecken. Aufschlußreich ist die genannte Ausgabe, weil ein Artikel eines Robert Ingram - unseres Wissens amerikanischer Staatsbürger und auch unter dem Namen Klein bekannt - die Auffassungen des Merkurs (nur des Merkurs?) über die deutsche Wiedervereinigung offen ausspricht. In einem redaktionellen Kommentar hat sich das Blatt mit dem Artikel identifiziert, und dem entsprechen dann auch die anderen Beiträge jener Ausgabe.

Wohin soll die deutsche Entwicklung nach den Wünschen des Merkurs, seiner Hintermänner und seiner Freunde führen? Wir zitieren wörtlich:

"Nicht einmal der Abmarsch der Roten Armee würde die Freiheit von der Furcht (Anm.d.Red.: Als Voraussetzung von Wahlen) wiederherstellen ... Sich weiter darüber zu unterhalten, ob Einheit in Freiheit nicht doch mit Zustimmung Moskaus zu haben sein könnte, ist eine müßige Trödelei ... Wer verlangt, daß

man die Sowjets noch einer letzten Probe unterwerfe, gleicht dem Geisteskranken ... Es gibt nur ein Deutschland, ein verstümmeltes, das Deutsche Bundesrepublik heißt... Das Wort Wiedervereinigung sollte endlich verschwinden... Befreiung der unerlösten Reichsteile - das sei die Parole..."

In anderen Sätzen seiner Schreiberei preist Ingrim die Macht als das für ihn wohl einzig verständliche Mittel der Politik und sieht im "Kräftig werden" der Bundesrepublik die erste Aufgabe.

Mit diesen Ausführungen stellt sich der "Rheinische Merkur" zwar noch etwas dumm, aber er ist gefährlich. Er sagt: "Wenn sie (Anm.d.Red.: die Vertreter der Wiedervereinigung) sich an Landesinteressen vergreifen, muß man sie unbarmherzig anpacken". Abgesehen davon, daß es seltsam klingt von einem Herrn Ingrim das Wort "Landesinteresse" geschrieben zu sehen, scheint auch der "Rheinische Merkur" zu denen zu gehören, die Kriegspropaganda für eine patriotische Pflicht halten. Auch das haben wir in Deutschland schon gehabt. Für das Leibblatt des Kanzlers sind Verhandlungen mit den Sowjets über eine deutsche Einheit in Freiheit "Trödelei". Es gibt für ihn keine Wiedervereinigung. Also sieht dieses Blatt im Krieg die Lösung der deutschen Probleme. Oder auf welchem anderen Weg "befreit" man Gebiete ohne Verhandlungen ?

Was die in dem genannten Artikel zu findende Behauptung vom "Oppositionsnihilismus" der SPD angeht, so ist ein Herr Ingrim nicht der Mann, dem gegenüber man bereits gegebene Antworten wiederholt oder den Inhalt bevorstehender Erklärungen einer demokratischen Partei ankündigt. Ein paar Sätze sind noch, nach den Bemerkungen über den alten und jetzt zugegebenen Kurs des "Rheinischen Merkurs", grundsätzlich - an die Adresse vieler anderer Leute - notwendig. Es gibt Leute ohne Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Lösung der gesamtdeutschen Aufgabe der Wiedervereinigung in Frieden, d.h. über Verhandlungen auch mit der Sowjetunion. Hitler hat für diese Leute recht gehabt. Seine Thesen von den deutschen Aufgaben gegenüber dem Bolschewismus erleben ihre Wiederauferstehung in der Bundesrepublik. Menschen, die dazu beitragen, "um im Geschäft" bleiben zu können, sind gewissenlos genug, das deutsche Volk in eine Lage hineinzutreiben, die mit Kriegsgefahren überlastet ist. In welchem Gewand sich Faschisten auch immer präsentieren, sie haben den Willen zum Krieg mit den Bolschewisten gemeinsam. Sie sind zu dumm und zu gewissenlos, um die heutige Aufgabe der Demokratie zu erkennen, in Verhandlungen, deren eine Voraussetzung durchaus die amerikanische Stärke ist, die deutsche Wiedervereinigung in Frieden zu erreichen. Für Leute, für die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens eine Trödelei ist, sollte in der Bundesrepublik in keiner Form Platz sein. Wenn das doch der Fall sein sollte, so ist es Zeit, sich aus der Verpflichtung zur Erhaltung der deutschen Demokratie darauf zu besinnen, daß man sie auch gegen ihre nichtbolschewistischen Feinde wirkungsvoller als bisher verteidigen muß.

Gedanken zum Schlesiertreffen

-dt. Während schlesische Glocken - eine Tonband-Leihgabe des Bayrischen Rundfunks an die Schlesische Landsmannschaft - die Großkundgebung auf dem Freigelände der Messe in Hannover einläuteten, warnten die Lautsprecher der Organisationsleitung vor kommunistischen Funktionären, die unter den 32000 Versammelten mit einer Liste hausieren gingen, auf der sie Unterschriften für die "Friedensgrenze" (Oder-Neiße) sammelten. Nicht daß die Kommunisten diesen Gimpelfang versuchten, ist das Typische dieses Intermezzos, daß die Organisationsleitung warnen muß, unbesehen Unterschriften zu leisten, ist das Bezeichnende dieses kurzen Zwischenspiels vor dem Höhepunkt des Treffens.

Darum auch konnte Dr. Walter Rinke, bisher Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft, seit Hannover auf eigenen Wunsch abgelöst, durch Regierungsdirektor Dr. Haushofer aus Gerlingen bei Stuttgart, in seiner fast einstündigen Ansprache dem Lastenausgleich kaum drei Sätze widmen und die versammelte Menge von 32000 Vertriebenen nahm ohne Kommentar zur Kenntnis, was Dr. Rinke zu sagen wußte: "Wenn wir an dem Gesetzentwurf auch viel auszusetzen haben, so erwarten wir doch zumindest eine schnelle und weitherzige Durchführung sowie spätere Verbesserungen über die Novelle". In einer vorangegangenen Pressekonzferenz hatte Rinke gesagt, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, also auch der Lastenausgleich, seien Sache des BvD, nicht der Landsmannschaften. Der Vertriebene, der auf den Lastenausgleich wartet, kennt, so mochte man bis Hannover meinen, solche feinen Unterschiede nicht, er erwartet von seinen berufenen Sprechern, ob BvD oder Landsmannschaft, handfeste Erklärungen zu den Dingen, die ihn bewegen, und der Lastenausgleich, so sollte man annehmen, ist nicht das Unwichtigste dieser Dinge. Indessen, Hannover hat bewiesen, daß Dr. Rinke seine Landsleute besser kennt. Es gelang ihm das Kunststück, mit der Vertröstung auf "spätere Verbesserungen" das Lastenausgleichsthema von der bisher größten Vertriebenenagung fernzuhalten.

Zwei Worte waren es, die wie elektrisierend wirkten und mit ihrem Klang alles andere übertönten: Die längst zu Begriffen gewordenen Worte "Schlesien" und "Heimat". Was sich in Hannover darbot, war von der in rauhen Mengen verzehrten schlesischen Knoblauchwurst bis zu den schönen, oft fotografierten Trachtenpaaren eine folkloristische Prachtentfaltung, wie sie wahrscheinlich kaum von einer anderen Vertriebenenengruppe überboten werden kann. Der Überschwang, der darin zum Ausdruck kommt, ist nur zu verstehen aus der großen Aufgabe, die sich die Landsmannschaft gestellt hat, zu jeder Zeit in den Heimatvertriebenen das Bewußtsein wachzuhalten: Morgen schon kann die Rückwanderung kommen, dann müßt ihr bereit sein. Dennoch wissen auch die Männer der Landsmannschaft, daß für eine Wiederbesiedlung der abgetrennten Gebiete die Kräfte der Vertriebenen allein nicht ausreichen. Darum ist das Bestreben zu loben, das der Tagung in Hannover an die Fahnen geschrieben wurde: Daß die Wiedergewinnung des deutschen Ostens eine "gesamtdeutsche Verpflichtung" sei. Die mahnenden Worte, die dabei an die Adresse der Bundesregierung gerichtet wurden und die Vorschläge, die zu diesem Zweck der Öffentlichkeit

unterbreitet wurden, sind einer eingehenden Prüfung wert.

Es war eine Veranstaltung, die mit mehreren Superlativen aufwarten konnte. Da ist der Superlativ der Teilnehmerzahl: 320000, polizeiamtlich bestätigt. Das ist mehr, als jemals auf einer anderen Kundgebung in Nachkriegedeutschland auf die Beine gestellt wurde. Welch ein Kapital von Idealismus liegt in dieser Zahl!, denn es ist nicht so einfach zu sagen: Rinke rief und die Schlesier kamen in hellen Scharen. Die Schlesier, die da aus Passau, vom Bodensee oder auch nur aus dem Harz nach Hannover kamen, mußten zunächst das Kommen bezahlen, abgesehen von dem, was sie in Hannover noch zahlen mußten. Da ist ferner ein motorisierter Superlativ: Soviel Omnibusse wie am Sonntag auf dem Parkplatz der Hannoverschen Messe - rund 900 - wurden bisher nirgendwo in Deutschland auf einem Platz versammelt gezählt. Und neben den Autobussen parkten zumindest ebenso viele Personenwagen, von uralten asthmatischen Vehikeln, denen man noch die Flucht aus Schlesien anzusehen vermochte, über Volkswagen, Olympia usw. zu einigen Mercedes Benz 220. Da empfand man neidlos: Seht, einige Schlesier, die es geschafft haben. Und man maß die Zähigkeit und Fähigkeit der Schlesier, aus dem Nichts etwas zu machen, an dem Wohlstand dieser wenigen Arrivierten.

Man muß heutzutage schärfer hinsehen, will man ein Flüchtlingstreffen von einer allgemeinen Kundgebung unterscheiden. Vor drei Jahren trafen sich in Hannover die Schlesier Niedersachsens. Der gefärbte, umgearbeitete Uniformrock dominierte damals noch und auch ohne die Spruchbänder und Fahnen wußte man: Das sind Vertriebene. Diesmal sah man unter den 320000 in Hannover keinen einzigen umgearbeiteten Soldatenrock, der eine war solid, der andere elegant, auf jeden Fall aber nicht anders gekleidet als ein Nicht-Vertriebener. Dennoch sollte man sich auch davon nicht so täuschen lassen wie der Bundesfinanzminister, der die kürzliche BvD-Demonstration in Bonn ironisch als eine Versammlung gutgekleideter Menschen bezeichnete, die gegen das Elend protestierten. Kennzeichnend für die Not, die unter den Vertriebenen herrscht, sind heute nicht mehr die großen Kundgebungen, sind nicht die Menschen, die es sich leisten können, sicherlich unter großen persönlichen Opfern, von Passau bis Hannover zu fahren. Wer sich die Not unter den Flüchtlingen bestätigen lassen will, muß die immer noch bestehenden Massenunterkünfte aufsuchen, muß sich die zwei Millionen Schlesier ansehen, die nicht nach Hannover kommen konnten. Allerdings haben die Männer, die nach Hannover riefen, vergessen, darauf hinzuweisen. Drei Sätze über den Lastenausgleich sind zu wenig, auch wenn dies Sache des BvD ist.

+ + +

Skandal auf dem Schlesier-Treffen

rd. Der verfassungsmässig stellvertretende Repräsentant des Bundesgebietes, der Bundesratspräsident und Ministerpräsident von Niedersachsen, Hinrich Kopf, wurde niedergeschrien. Niedergeschrien, auf einer Kundgebung der Schlesier, die Gäste in seiner Landeshauptstadt waren und über deren Treffen er selbst das Protektorat übernommen hatte.

Schon die Eröffnung der Tagung hatte ihr besonderes Fluidum. Der Stellvertreter des Bundeskanzlers auf diesem Treffen, Staatssekretär Lenz, hatte es nicht für nötig befunden, dem Schirmherrn der Veranstaltung, Hinrich Kopf, auch nur ein Grusswort zu sagen; weder persönlich, noch im Auftrage des Bundeskanzlers. Ein weiteres eigenartiges Moment ergab die Begrüssung der Ehrengäste, die dem Prinzen Oskar von Preussen einen unverhältnismässig starken Sonderbeifall einbrachte.

In dieser Veranstaltung, die unter dem Motto "Schlesien appelliert an die Welt", lief, war das Hauptreferat dem Schirmherrn und Bundesratspräsidenten zugefallen. Seine Rede war den Journalisten 24 Stunden vorher - mit Sperrfrist - zur Verfügung gestellt, also massgeblichen Kreisen im Text bereits bekannt. Dreiviertel der Rede war bereits gehalten, als bei folgenden Ausführungen ein organisierter Redau losbrach:

"Als die jetzigen Bundestagsabgeordneten im Jahre 1949 gewählt wurden, haben weder die Abgeordneten noch ihre Wähler auch nur entfernt daran gedacht, dass die jetzigen Abgeordneten die Frage der Wehrpflicht und des Wehrbeitrages entscheiden müssten. Will man wirklich eine Demokratie, das heisst, die Herrschaft des Volkes, dann muss man diesem Umstand Rechnung tragen und muss dem Volke Gelegenheit geben, das Problem in sachlicher Prüfung zu würdigen und seinen Willen in einer Neuwahl der Abgeordneten kundzutun. Dieser Gedanke ist in seiner Einfachheit meines Erachtens durchschlagend. Er beruht auch nicht auf geschriebenen Verfassungsrecht oder auf staatsrechtlich gelehrten Auslegungen, sondern er ist der Grundgedanke der Demokratie schlechthin, der unabhängig von allem, was

verfassungsgebende Körperschaften und Parlamente schriftlich fixiert haben, Bestand hat".

Schon die letzten Worte dieses Satzes waren nicht mehr vernehmbar. Von den Wandelgängen des Saales her wurden Zwischenrufe laut: Keine SPD-Versammlung! Aufhören! Schluss! Alles raus! Und dazwischen scharfes Pfeifen und schliesslich "Ein Lied!" Die Proteste der übrigen Teilnehmer gegen die Störenfriede verstärkten nur den allgemeinen Radau. Dann wurde das Deutschlandlied angestimmt und alles erhob sich von den Plätzen.

Es ist belanglos, dass Flüchtlingsminister Lukaschek hernach die Versammlung beruhigte. Wichtiger erscheint uns, dass Staatssekretär Lenz beim Losbrechen des Radaus den Saal verliess und Bundesminister Seebohm im Kreise der Störenfriede Generalstabs-Besprechungen abzuhalten schien.

Was war nun geschehen?

Es ist klar, dass auf einem Appell an das Rechtsempfinden der Welt ein massgeblicher politischer Repräsentant der Bundesrepublik den politischen Standort des Staates, seiner inneren demokratischen Struktur und ihrer Probleme unreißen musste, ohne Rücksicht auf parteiliche Gesichtspunkte und Ressentiments. Die im Wortlaut vorliegende Rede wird jedem objektiven Leser den Eindruck vermitteln, dass hier nicht der bekannte Sozialdemokrat Kopf, sondern der Staatsmann eine aus höchster demokratischer Verantwortung konzipierte Rede zu halten beabsichtigte. Er durfte nicht ausreden, weil seine Ausführungen nicht in die parteipolitische Konzeption einer Gruppe passte, die allein ihre Ansichten zum Grundprinzip der Demokratie erhebt.

Das ist ein schlechtes Vorzeichen für einen Appell an das demokratische Weltgewissen. Umso schlechter, als er unter nationalstisch-monarchistischem Vorzeichen stand. Den Schlesiern ist mit diesem Skandal wahrlich der schlechteste Dienst erwiesen und auch der Bundeskanzler wird über das Echo der Welt wenig erfreut sein.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler